



NIEDERSCHRIFT

über die 42. Sitzung des Stadtrates

der Stadt Landau in der Pfalz

am Dienstag, 12.11.2013,

im Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal

Beginn: 17:02

Ende: 19:50



Anwesenheitsliste

SPD

Sonja Baum-Baur

Dr. Hans-Jürgen Blinn

Rudolf Boesche

Dott. Francesca Chillemi Jungmann

Hermann Demmerle

Dr. Maximilian Ingenthron

Dr. Hannes Kopf

Prof. Peter Leiner

Günter Scharhag

Michael Scheid

Hans Peter Thiel

Monika Vogler

Natascha Walz

CDU

Dr. Thomas Bals

Heidi Berger

Susanne Burckhardt

Jürgen Doll

Rudi Eichhorn

Peter Heuberger

Andreas Hott

Theo Kautzmann

bis TOP 9 ö.S. 18.35 Uhr

Wolfgang Kern

Peter Lerch

Rolf Morio



Dorothea Müller

Wilhelm Prokop

Sandro Zandonella

Bündnis 90/Die Grünen

Marianne Brunner

Alexander Ellinghaus

Dietrich Herdel

Susanne Schröer

FWG

Wolfgang Freiermuth

Wolfgang Gauer

Dr. Peter Leydecker

Hans Volkhardt ab TOP 7 ö.S. 17.58 Uhr

FDP

Martin Heupel

Otto Pfaffmann

Jochen Silbernagel

Dr. Elke Wissing ab TOP 2 ö.S. 17.20 Uhr

Fraktionslos

Franco Casella

Magdalena Schwarzmüller

UBFL

Bertram Marquardt

Dr. Gertraud Migl



Vorsitzender

Hans-Dieter Schlimmer

Bürgermeister

Thomas Hirsch

Beigeordnete

Rudi Klemm

Maria Helene Schlösser

Berichterstatter

Christine Baumstark

(Hauptamt)

Bernhard Eck

(Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb)

Michael Götz

(Gebäudemanagement)

Christian Hans

(Kämmereiabteilung)

Stefan Joritz

(Amt für Recht und öffentliche Ordnung)

Christoph Kamplade

(Stadtbauamt)

Martin Messemer

(Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung)

Hans Schlösser

(Rechnungsprüfungsamt)

Sonstige

Joachim Arbogast

(Ortsvorsteher Mörlheim)

Aydin Tas

(Vorsitzender Beirat Migration und Integration)

Carina Treitz

(Persönliche Referentin des Oberbürgermeisters)

Schriftführer

Markus Geib

Entschuldigt

SPD



Klaus Eisold



Der Vorsitzende gratulierte Ratsmitglied Wolfgang Kern zur Verleihung der Freiherr-vom-Stein-Plakette am 22. Oktober 2013.

Der Vorsitzende verabschiedete Herrn Karl-Heinz Laubersheimer als Schiedsperson der Stadt Landau. Herr Laubersheimer habe 35 Jahre lang dieses Ehrenamt ausgeübt. Er sei ein Mann der ersten Stunde gewesen, niemand sei länger im Amt gewesen. Herr Laubersheimer habe in vorbildlicher Weise unabhängig, nur seinem Amt, den Bürgern und dem Recht verpflichtet, das Schiedsamt geprägt und ihm das Vertrauen der rechtssuchenden Menschen gegeben.

Herr Laubersheimer dankte für die lobenden Worte. Er habe die Arbeit gerne gemacht. Der Verwaltung danke er für die gute Zusammenarbeit in all den Jahren.

Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Der Vorsitzende teilte mit, dass zum Tagesordnungspunkt 8 der öffentlichen Sitzung zwei Änderungsanträge eingegangen seien. Zum einen ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und UBFL. Dieser solle als Tagesordnungspunkt 8.1 behandelt werden. Ein weiterer Antrag liege von der CDU-Stadtratsfraktion vor, der als Tagesordnungspunkt 8.2 behandelt werden solle.

Weiter soll eine Vorlage des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes als Tagesordnungspunkt 1 der nichtöffentlichen Sitzung auf die Tagesordnung genommen werden.

Der Stadtrat stimmte der Ergänzung der Tagesordnung einstimmig zu.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

T a g e s o r d n u n g

Ö f f e n t l i c h e S i t z u n g

1. Einwohnerfragestunde
2. Initiative "Radfahrer ohne Beleuchtung im Straßenverkehr"; Schreiben der SPD-Stadtratsfraktion
Vorlage: 101/184/2013
3. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Ausweitung des Park-&-Ride-Platzes in Queichheim
Vorlage: 101/183/2013
4. Prüfung des Jahresabschlusses der Landauer Kunststiftung und Entscheidung über die Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2012
Vorlage: 060/022/2013
5. Prüfung des Jahresabschlusses der Bürgerstiftung und Entscheidung über die Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2012
Vorlage: 060/023/2013
6. Prüfung des Jahresabschlusses der Strieffler Stiftung und Entscheidung über die Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2012
Vorlage: 060/024/2013
7. Änderung der Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über die Erhebung von



wiederkehrenden Beiträgen für den Ausbau von Verkehrsanlagen der Stadt Landau in der Pfalz (Ausbaubeitragsatzung)

Vorlage: 300/068/2013

8. Satzung über die äußere Gestaltung baulicher Anlagen zum Schutze der Landauer Altstadt (Altstadtsatzung) und Satzung über die äußere Gestaltung baulicher Anlagen zum Schutze der Landauer Stadterweiterung der Gründerzeit (Innenstadtsatzung)
Vorlage: 610/242/2013
- 8.1. Gemeinsamer Antrag der Stadtratsfraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und UBFL;
Änderungsantrag
Vorlage: 101/185/2013
- 8.2. Änderungsantrag der CDU-Stadtratsfraktion
Vorlage: 101/186/2013
9. Aufhebung des Sanierungsgebietes "Jeanne D'Arc"
Vorlage: 610/243/2013
10. Aufstellung der 18. Teiländerung des Flächennutzungsplanes im Parallelverfahren zum Bebauungsplan C25 "Konversion Landau Süd/ Landesgartenschau"
Vorlage: 610/245/2013
11. Jahresabschluss 2012 des Gebäudemanagements Landau - Eigenbetrieb
Vorlage: 820/119/2013
12. Änderung der Abfallgebührensatzung
Vorlage: 860/209/2013
13. Jahresabschluss 2012 des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau, Anstalt des öffentlichen Rechts
Vorlage: 860/212/2013
14. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Einwohnerfragestunde

Frau Nikolaus, Anwohnerin der Schneiderstraße, beklagte den zunehmenden Verkehr durch die Sperrung der Horstbrücke. Dadurch würde nun der gesamte Busverkehr durch die Schneiderstraße rollen, auch die LkW's würden das Durchfahrtsverbot überhaupt nicht beachten. Täglich würden ca. 50 bis 70 LkW durch die Straße rollen. Sie wolle wissen, wie dies in Zukunft weitergehe. Zumal die meisten LkW's von Süd nach Nord fahren würden.

Der Vorsitzende betonte, dass die Schneiderstraße eine öffentliche Straße sei. Die Horstbrücke sei seit Jahren für den Schwerlastverkehr gesperrt, allerdings habe sich niemand daran gehalten. Nun müsse man die Horstbrücke komplett für den Schwerlastverkehr sperren bis zu einem Neubau der Brücke, der allerdings noch einige Jahre dauern werde. Für die Schneiderstraße müsse man noch eine Lösung finden. Er sicherte zu, die Anregungen aufzunehmen und prüfen zu lassen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Initiative "Radfahrer ohne Beleuchtung im Straßenverkehr"; Schreiben der SPD-Stadtratsfraktion

Der Vorsitzende verwies auf das Schreiben der SPD-Stadtratsfraktion vom 17. September 2013, das dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Zunächst habe sich der Präventionsrat damit beschäftigt und die Initiative ausdrücklich begrüßt. Dieser Initiative solle sich neben Schulen, Universität, Polizei und Verwaltung auch der Stadtrat anschließen. Das Gefährdungspotential durch Radfahrer sei objektiv vorhanden. Die Initiative werde zunächst nur einen Appellcharakter haben. Später würden sich auch Kontrollen nicht vermeiden lassen.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron begründete die Initiative der SPD-Stadtratsfraktion. Die Initiative sei nicht parteipolitisch zu verstehen, sondern sei einer breiten Besorgnis in der Stadt geschuldet. Viele Radfahrer würden das Gefahrenpotential unterschätzen. Auch wenn gerade Schüler und Studenten hier auffallen würden, sei dies kein Verhalten das man nur an Jugendlichen und jungen Erwachsenen festmachen dürfe. Es scheine oft eine falsch verstandene Coolness zu sein, ohne Licht zu fahren. Die Initiative sei der Versuch, das Problem zumindest einzudämmen. Sowohl der ADFC als auch ein Unternehmen aus dieser Branche würden sich der Initiative gerne anschließen. Daher sei eine konzertierte Aktion durchaus sinnvoll.

Ratsmitglied Lerch bemerkte, dass dieses Thema nicht neu sei. Er könne nicht ganz nachvollziehen, was der Stadtrat damit anfangen solle. Natürlich mache die Initiative durchaus Sinn, sei doch aber eher eine Sache des Präventionsrates.

Ratsmitglied Ellinghaus erklärte, dass der Begründung des Antrages niemand widersprechen könne. Allerdings habe er hier keine ungeteilte Freude. Er finde es nicht gut, dass wieder mal Studenten als Teilursache des Problems identifiziert würden. Es sollte nicht der Eindruck entstehen als hätte der Rat Langeweile und müsse sich Themen außerhalb seiner Zuständigkeit suchen. Gleichwohl sehe man dies als Appell, dem man sich von Seiten der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion nicht verweigern werde.

Ratsmitglied Dr. Leydecker war der Auffassung, dass so etwas nur jemand schreiben könne, der noch nie Jugendliche durch die Pubertät gebracht habe. Es sei dies nicht Aufgabe des Rates, sonst müsse man als nächstes einen Antrag einbringen auf Überprüfung ob alle Autofahrer Winterreifen aufgezogen haben.

Ratsmitglied Silbernagel sah hier ebenfalls keine Aufgabe des Stadtrates. Es gebe Organisationen, die das viel wirksamer könnten. Wenn es als Anschlag gesehen werde, sei es in Ordnung.

Ratsmitglied Marquardt unterstrich, dass er sich dieses Engagement der SPD beim Ausbau der Rheinstraße gewünscht hätte. Auch mit vorschriftsmäßiger Beleuchtung sei es in Landau fast lebensgefährlich mit dem Rad unterwegs zu sein. Dies liege daran, dass es kein ausreichendes Radwegkonzept gebe. Für die UBFL wäre es wichtiger, ein Konzept zu entwickeln mit dem Anreize geschaffen werden, anstatt zu bestrafen. Die UBFL-Stadtratsfraktion stimme dennoch zu.

Der Vorsitzende erwiderte, dass manche Diskussion im Rat schon überraschen würde. Es sei eine ausdrückliche Bitte aus dem Präventionsrat gewesen, dass sich der Stadtrat hinter diese Initiative stelle. Deshalb habe er es auf die Tagesordnung genommen. Über keine Kontrolle werde man gesellschaftliche Dinge verändern. Wenn Normen sich verändern, müsse man das zur Kenntnis nehmen. Mit der Abstimmung gehe es darum, dass der Rat diese Initiative im Sinne des Präventionsrates unterstützt.

Ratsmitglied Heuberger war der Auffassung, dass dies doch eher eine Sache für den Arbeitskreis Verkehr wäre.



Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 37 Ja,- 2 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen:

die Initiative des Präventionsrates gegen das „Radfahren ohne Licht“ zu unterstützen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Ausweitung des Park-&-Ride-Platzes in Queichheim

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 3. Oktober 2013, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Dieser Antrag und damit dieses Anliegen sei bereits Teil der Haushaltsberatungen. Man suche nach Mittel und Wegen, diese Ausweitung vorzunehmen.

Ratsmitglied Doll begründete den Antrag. Die Anlegung weiterer Parkplätze und damit die Ausweitung des Park-&-Ride-Platzes sei dringend notwendig. Durch diesen neuen Platz habe sich die Parksituation im Umfeld, beispielsweise in der Woogstraße und der Wilhelm-Wüst-Straße merklich verbessert. Sicher gebe es auch einige Dauerparker, die nicht die Bahn benutzen. Dies zu kontrollieren und die Problematik zu beheben, sei für die Verwaltung schwierig. Mittlerweile sei auch die Bepflanzung fast abgeschlossen.

Der Vorsitzende machte nochmals deutlich, dass es bereits in die Haushaltsberatungen eingegangen sei. Aufgrund der bestehenden Kreditobergrenze seien aber einige Maßnahmen noch in der Diskussion. Es bestehe kein Widerspruch zur Notwendigkeit dieses Projektes. Zu kontrollieren, ob die Nutzer des Parkplatzes auch tatsächlich die Bahn benutzen, sei außerordentlich schwierig.

Ratsmitglied Scheid erklärte, dass die SPD-Stadtratsfraktion diesen Antrag unterstütze. Er rege an, dass man die Fläche zunächst auch als kostengünstiges Provisorium ausweisen könnte, wenn es im Haushalt 2014 nicht unterzubringen sei.

Ratsmitglied Schröer unterstützte für die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion den Antrag ebenfalls. Wegen der Anbindung zum ÖPNV wäre dies eine wichtige Priorität.

Ratsmitglied Freiermuth unterstrich, dass dieser Park-&-Ride-Platz prinzipiell Sinn mache. Die FWG-Stadtratsfraktion fände ein Provisorium gar nicht verkehrt.

Ratsmitglied Silbernagel schloss sich den Vorrednern an. Es sei der richtige Weg, den vorhandenen Platz für die Ausweitung des Park-&-Ride-Platzes zu nutzen.

Ratsmitglied Marquardt erklärte, dass auch die UBFL-Stadtratsfraktion den Antrag unterstützen werde. Ein Bedarf an Parkplätzen sei unstrittig vorhanden. Wenn dort auch einige Nichtpendler parken, dann sehe man, wie wenig Parkplätze im Bereich des Hauptbahnhofs Richtung Innenstadt vorhanden seien.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron fragte, warum zum Abschluss der Bepflanzung im Bereich hin zu den Bahngleisen Steine aufgeschüttet worden seien. Hierdurch seien jede Menge Parkplätze weggenommen worden. Man sollte diese Steine wieder entfernen.

Der Vorsitzende erläuterte, dass dies Eidechsenhabitate seien und man die Steine daher nicht wegnehmen könne. Man könne dies auch gerne noch mal über die Presse kommunizieren.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

der Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 3. Oktober 2013, die Möglichkeit der Ausweisung zusätzlicher Parkplätze östlich des Bahnhofes zu prüfen, wird in die Haushaltsberatungen verwiesen.

Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

Prüfung des Jahresabschlusses der Landauer Kunststiftung und Entscheidung über die Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2012



Oberbürgermeister Schlimmer und Bürgermeister Hirsch waren als Mitglied des Vorstandes gemäß § 22 GemO befangen und nahmen an der Beratung und Abstimmung nicht teil.

Den Vorsitz übernahm Herr Beigeordneter Klemm.

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Rechnungsprüfungsamtes vom 29. Juli 2013, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Morio berichtete als stellvertretender Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschuss und teilte mit, dass der Ausschuss den Jahresabschluss geprüft und dagegen keine Einwände habe.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

- a) die Feststellung des Jahresabschlusses der Landauer Kunststiftung für das Haushaltsjahr 2012 sowie**
- b) die Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2012**

Der Stadtrat nimmt den Bearbeitungsbericht zum Schlussbericht über die Prüfung des Haushaltsjahres 2012 zur Kenntnis.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

Prüfung des Jahresabschlusses der Bürgerstiftung und Entscheidung über die Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2012

Oberbürgermeister Schlimmer, Bürgermeister Hirsch, Beigeordneter Klemm und Beigeordnete Schlösser waren als Mitglied des Vorstandes gemäß § 22 GemO befangen und nahmen an der Beratung und Abstimmung nicht teil.

Den Vorsitz übernahm Herr Scharhag als ältestes Ratsmitglied.

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Rechnungsprüfungsamtes vom 29. Juli 2013, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Morio berichtete als stellvertretender Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschuss und teilte mit, dass der Ausschuss den Jahresabschluss geprüft und dagegen keine Einwände habe.

Ratsmitglied Dr. Migl bat im Sinne von Transparenz um Mitteilung, was mit dem Überschuss gemacht werde.

Herr Schlösser, Leiter des Rechnungsprüfungsamtes, erklärte, dass dies Sache des Stadtvorstandes in seiner Eigenschaft als Stiftungsvorstand sei.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

a) die Feststellung des Jahresabschlusses der Bürgerstiftung für das Haushaltsjahr 2012 sowie

b) die Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2012

Der Stadtrat nimmt den Bearbeitungsbericht zum Schlussbericht über die Prüfung des Haushaltsjahres 2012 zur Kenntnis.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

Prüfung des Jahresabschlusses der Strieffler Stiftung und Entscheidung über die Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2012

Oberbürgermeister Schlimmer sowie die Ratsmitglieder Heuberger und Dr. Blinn waren als Mitglied des Vorstandes gemäß § 22 GemO befangen und nahmen an der Beratung und Abstimmung nicht teil.

Den Vorsitz übernahm Herr Bürgermeister Hirsch.

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Rechnungsprüfungsamtes vom 29. Juli 2013, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Morio berichtete als stellvertretender Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschuss und teilte mit, dass der Ausschuss den Jahresabschluss geprüft und dagegen keine Einwände habe.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

a) die Feststellung des Jahresabschlusses der Strieffler Stiftung für das Haushaltsjahr 2012 sowie

b) die Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2012

Der Stadtrat nimmt den Bearbeitungsbericht zum Schlussbericht über die Prüfung des Haushaltsjahres 2012 zur Kenntnis.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)

Änderung der Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über die Erhebung von wiederkehrenden Beiträgen für den Ausbau von Verkehrsanlagen der Stadt Landau in der Pfalz (Ausbaubeitragssatzung)

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Recht und öffentliche Ordnung vom 14. Oktober 2013, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Marquardt erklärte, dass die UBFL-Stadtratsfraktion grundsätzlich gegen die wiederkehrenden Beiträge sei und daher dieser Sitzungsvorlage nicht zustimmen werde.

Ratsmitglied Silbernagel teilte mit, dass auch die FDP-Stadtratsfraktion der Vorlage aus grundsätzlichen Überlegungen nicht zustimmen werde.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 37 Ja-, 6 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung:

den dieser Sitzungsvorlage als Anlage beigefügten Entwurf zur Änderung der Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über die Erhebung von wiederkehrenden Beiträgen für den Ausbau von Verkehrsanlagen der Stadt Landau in der Pfalz (Ausbaubeitragssatzung)



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8. (öffentlich)

Satzung über die äußere Gestaltung baulicher Anlagen zum Schutze der Landauer Altstadt (Altstadtsatzung) und Satzung über die äußere Gestaltung baulicher Anlagen zum Schutze der Landauer Stadterweiterung der Gründerzeit (Innenstadtsatzung)

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 16. Oktober 2013, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Städte würden stetig wachsen und es gebe dabei dann immer alt und neu. Die Aufgabe sei es, alt und neu zu verbinden. In Landau habe man eine klar umgrenzte mittelalterlich barocke Altstadt, die es zu schützen gelte. Hinzu komme der gründerzeitliche Erweiterungsring. Ziel dieser Satzung sei es, eine behutsame Weiterentwicklung zu ermöglichen. Es gehe auch darum, die Alleinstellungsmerkmale unserer Stadt herauszuheben. Letztlich sei es auch ein Standortvorteil, wenn man eine intakte historische Innenstadt vorweisen könne. Im wesentlichen, das zeige die Diskussion und die vorliegenden Anträge, gehe es um Solaranlagen. Auch wenn man sich den Wünschen und Bedürfnissen der Bürger geöffnet habe, bedürfe es dennoch eines gewissen Maßes an Einschränkungen. Natürlich trage man nicht nur Verantwortung für die städtebauliche Entwicklung, sondern auch für die Energiewende. Er appelliere an den Rat hier eine gute Entscheidung zu treffen. Natürlich sei es aber so, dass der Rat entscheide und die Verwaltung dies umsetze. Er stehe deutlich zu den städtebaulichen Akzenten und zur Energiewende. Beides bekomme man auch hin, wenn man es so umsetze wie es die Verwaltung in der Sitzungsvorlage vorschlage.

Ratsmitglied Dr. Kopf erklärte, dass die SPD-Stadtratsfraktion grundsätzlich der Meinung sei, dass es einer Gestaltungssatzung bedürfe. Es habe auch in der Vergangenheit immer Sinn gemacht, dass es Vorschriften gegeben habe. Seit den 60iger-Jahren habe es immer Gestaltungssatzungen gegeben. Eine wesentliche Änderung habe die SPD im Laufe der Beratungen durchsetzen können im Bereich der Dachflächenbefensterung. Hier habe man erreicht, dass die Satzung nicht angewandt werde, wenn man die Dachflächen vom öffentlichen Raum aus nicht sehe. Es sei wichtig, dass der öffentliche Raum geordnet werde, privat solle aber privat bleiben.

Der gemeinsame Antrag von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und UBFL wende sich gegen eine Überreglementierung bei Solaranlagen. Natürlich gebe es hier einen Interessenskonflikt. Man müsse beispielsweise eine Abwägung treffen, ob Solaranlagen ästhetisch gut aussehen. Er wolle, dass die Innenstadt attraktiv bleibe auch für die Wohnbevölkerung. Es gebe das Problem, dass es kaum noch Wohnen in der Innenstadt gebe. Vor allem wolle man, dass auch junge Familien alte Häuser in der Innenstadt bewohnbar machen. Hierfür sei Voraussetzung aber der neueste Stand der Haustechnik mit Solarthermie und Photovoltaikanlagen. Die SPD stehe ganz klar zur Energiewende und wolle alles tun, was die Energiewende fördere. Im Altstadtbereich könne man sich durchaus Regelungen vorstellen, um Solarflächen anzuordnen. Der Antrag der CDU gehe ja in eine ähnliche Richtung, sei aber seiner Meinung nach nicht richtig durchdacht. Eine Trennung in eine Altstadtsatzung und eine Innenstadtsatzung sei ja mit Sinn und Zweck erfolgt. Es gebe nun mal unterschiedliche Strukturen, die auch unterschiedlich reglementiert werden müssten. Die Gleichbehandlung, wie sie die CDU mit ihrem Antrag anstrebe, bringe mehr Verwirrung. Es sei zudem eine Systemdurchbrechung und damit seiner Meinung nach rechtsanfällig.

Ratsmitglied Eichhorn war der Auffassung, dass die Ringstraßen wegen ihrer bauhistorischen Substanz an Verboten mit der Altstadt gleichgesetzt werden müssten. Für die gründerzeitlichen Gebäude an den Ringstraßen dürfe es keinen Freibrief für Solaranlagen geben. Gerade die Häuser in den Ringstraßen würden eine größere Einsehbarkeit auf die Dachflächen gewähren als die Häuser in der Altstadt. Die Ringstraßenhäuser seien Zeitzeugen für die gründerzeitliche Erweiterung der Stadt aus der Festung heraus und würden das eigentliche Entree für die Besucher der Stadt bieten. Die Liberalisierung des Baurechts sollte durchaus auch in der Gestaltungssatzung umgesetzt werden. Einig sei man sich, dass erneuerbare Energien dringend erforderlich seien. Allerdings gehe es nicht um eine Energiewende um jeden Preis. Die Formulierung in den Satzungen, die Grundsätzlichkeit, schließe Photovoltaikanlagen auf einsehbaren Flächen nicht generell aus. Der Schutz der Ringstraßen sei der CDU-Fraktion wichtig. Wenn der CDU-Antrag keinen Eingang in die Gestaltungssatzung finde, dann werde man der Sitzungsvorlage nicht zustimmen.



Ratsmitglied Schröder sah ohnehin schon zu viele Begrenzungen und Einschränkungen bei Investitionen in Solaranlagen. Dadurch würde es in diesem Sektor immer schwieriger. Man habe in Landau verschiedene Dachflächen mit verschiedenen Neigungen. Dies seien genug einschränkende Faktoren. Andererseits gebe es eine veraltete Bausubstanz, die ohnehin hohe Investitionen in eine funktionierende Haustechnik erforderten. Von daher sollte man dies in der Gestaltungssatzung nicht so eng fassen.

Ratsmitglied Freiermuth sah keine Differenzen zwischen alt und neu. Allerdings setze die FWG-Stadtratsfraktion ihre Schwerpunkte mehr in Richtung „neu“. Landau sei im Bezug auf das Erneuerbare Energiengesetz mit Solaranlagen, Windkraft und Geothermie Vorreiter. Für die FWG gehe es hier einzig um die Sache. Man nehme hier aber keine neue Position ein, sondern sei von Anfang an gegen irgendwelche Einschränkungen gewesen. Von daher komme der Antrag von SPD, Grünen und UBFL der FWG näher, so dass man diesem zustimmen werde.

Ratsmitglied Silbernagel teilte mit, dass die FDP sehr mit sich gerungen habe. Der Vorschlag der CDU, die Ringstraßen auszunehmen und in der Satzung entsprechend zu schützen, habe einen gewissen Charme und sei bedenkenswert. Die Entscheidung, in ein Haus zu ziehen, habe ja noch andere Faktoren als die Möglichkeit einer Solaranlage. Man müsse hier auch den urbanen Charakter der Stadt sehen. Daher werde man dem CDU-Antrag zustimmen.

Ratsmitglied Dr. Migl war der Meinung, dass nach langer Diskussion heute eine Entscheidung fällig sei. Die UBFL-Stadtratsfraktion stehe zu dem gemeinsamen Antrag mit der SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Man sollte so wenig wie möglich regeln. Sie setze die Priorität bei umweltpolitischen Gesichtspunkten. Daher sollte man Solaranlagen uneingeschränkt ermöglichen.

Ratsmitglied Dr. Kopf lobte die Verwaltung für den außerordentlich transparenten Diskussionsprozess. Gerade in den Ringstraßen gebe es sehr viele denkmalgeschützte Häuser, die ohnehin vom Denkmalschutz her nicht mit Solarflächen belegt werden dürften.

Ratsmitglied Lerch betonte, dass es natürlich eine Wertentscheidung sei und man eine vernünftige Abwägung treffen müsse. Eine Energiewende um jeden Preis könne es nicht geben.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 26 Ja- und 18 Nein-Stimmen:

- 1. Die in der Anlage beigefügte Satzung über die äußere Gestaltung baulicher Anlagen zum Schutz der Landauer Altstadt (Altstadtsatzung) wird beschlossen.**
- 2. Die in der Anlage beigefügte Satzung über die äußere Gestaltung baulicher Anlagen zum Schutz der Landauer Stadterweiterung der Gründerzeit (Innenstadtsatzung) wird beschlossen.**
- 3. Die Satzung über die äußere Gestaltung baulicher Anlagen zum Schutz der Landauer Altstadt vom 10.11.1994, bekannt gemacht im Amtsblatt Nr. 54 vom 28.11.1994, in Kraft getreten am 29.11.1994, wird aufgehoben.**
- 4. Die Satzung über die äußere Gestaltung baulicher Anlagen zum Schutz gründerzeitlicher Gebäude und baulicher Anlagen in der Landauer Innenstadt vom 10.11.1994, bekannt gemacht im Amtsblatt Nr. 54 vom 28.11.1994, in Kraft getreten am 29.11.1994, wird aufgehoben.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8.1. (öffentlich)

**Gemeinsamer Antrag der Stadtratsfraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und UBFL;
Änderungsantrag**

Der Vorsitzende verwies auf den gemeinsamen Antrag der Stadtratsfraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und UBFL vom 5. November 2013, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Es wird auf die Protokollierung zu Tagesordnungspunkt 8 verwiesen.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 24 Ja,- 19 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung:

- 1. In der Innenstadtsatzung wird der gesamt § 5 Absatz 10 ersatzlos gestrichen.**
- 2. In der Altstadtsatzung wird in § 5 Absatz 11 der letzte Satz gestrichen.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8.2. (öffentlich)

Änderungsantrag der CDU-Stadtratsfraktion

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 9. November 2013, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Es wird auf die Protokollierung zu Tagesordnungspunkt 8 verwiesen.

Durch Annahme des weitergehenden Antrages von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und UBFL hat sich der Antrag erledigt. Eine Abstimmung erfolgt nicht.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 9. (öffentlich)

Aufhebung des Sanierungsgebietes "Jeanne D'Arc"

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 15. Oktober 2013, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

- 1. Für das ehemalige Kasernengelände „Jeanne d’Arc“ in der Gemarkung Queichheim, südlich der L 509, westlich der Kraftgasse, nördlich des Birnbachs und östlich der Johannes-Kopp-Straße wird das Sanierungsgebiet gemäß § 162 BauGB aufgehoben.**
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Aufhebung der Satzung bekannt zu machen.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 10. (öffentlich)

Aufstellung der 18. Teiländerung des Flächennutzungsplanes im Parallelverfahren zum Bebauungsplan C25 "Konversion Landau Süd/ Landesgartenschau"

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 1. Oktober 2013, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Marquardt erklärte, dass die UBFL-Stadtratsfraktion der Vorlage nicht zustimmen werde.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 40 Ja,- 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung:

- 1. Für den in der Anlage zu dieser Sitzungsvorlage zeichnerisch dargestellten Bereich wird die Aufstellung der 18. Teiländerung des am 27. Januar 2000 wirksam gewordenen Flächennutzungsplanes 2010 der Stadt Landau in der Pfalz im Parallelverfahren (§ 8 Abs. 3 BauGB) zum Bebauungsplan C25 "Konversion Landau Süd/ Landesgartenschau" beschlossen.**
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB vorzunehmen**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 11. (öffentlich)

Jahresabschluss 2012 des Gebäudemanagements Landau - Eigenbetrieb

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Gebäudemanagements vom 30. September 2013, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Er danke ausdrücklich dem GML, dem Werkleiter und seinem Team für die geleistete Arbeit.

Ratsmitglied Demmerle dankte im Namen der SPD-Stadtratsfraktion Herrn Götz und dem gesamten Gebäudemanagement für die geleistete Arbeit. Es sei in den letzten Jahren nicht immer einfach gewesen und manche Unwägbarkeit habe bewältigt werden müssen. Trotzdem seien die Erträge aus den Mieten wieder gesteigert worden. Die SPD-Stadtratsfraktion werde der Vorlage zustimmen.

Ratsmitglied Dr. Bals war der Meinung, dass mit mehr Personal beim GML noch mehr geleistet werden könnte. Dies solle aber die hervorragende Arbeit von Herrn Götz und seinem Team nicht schmälern. Die CDU-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Schröer schloss sich dem Dank an Herrn Götz an. Es seien viele Projekte angegangen und bearbeitet worden. Ein Wermutstropfen sei ein wenig der städtische Wohnhausbesitz. Dieser sei aber auch eine neue Herausforderung, der man sich stellen müsse. Die Bündnis 90 /Die Grünen-Stadtratsfraktion werde ebenfalls der Sitzungsvorlage zustimmen.

Ratsmitglied Gauer dankte ebenfalls dem GML für die Arbeit und erklärte die Zustimmung der FWG-Stadtratsfraktion.

Ratsmitglied Silbernagel unterstrich, dass die Konzentration auf das Wesentliche der richtige Weg sei. Auch die FDP-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Marquardt schloss sich dem Dank der Vorredner an und lobte die kluge und clevere Entscheidung, kurzfristige Verbindlichkeiten in langfristige umzuwandeln. Allerdings werde die UBFL-Stadtratsfraktion die politischen Entscheidungen, die dahinter stehen, nicht mittragen. Das Ergebnis sei auch dadurch erreicht worden, dass man wichtige Investitionen in folgende Jahre verschoben habe. Die gesunkene Abschreibungsquote zeige, dass man zu wenig investiert habe um den Wertverlust auszugleichen. Dem Jahresabschluss werde die UBFL-Stadtratsfraktion nicht zustimmen.

Der Vorsitzende entgegnete, dass in den letzten Jahren sehr viel geschehen sei. Dass man Nachholbedarf habe, sei unbestritten. Das GML sei letztlich Auftragnehmer der Stadt. Es gebe beim GML keine Schwachpunkte, vielmehr würden Projekte mit jeder Menge „Manpower“ erledigt.

Herr Götz bedankte sich für das Lob aus den Reihen des Stadtrates. Dies bestärke ihn und das Team des GML, auf diesem Weg weiterzuarbeiten. Die Verschuldungsquote und die AfA würden eng miteinander zusammenhängen. Weniger Schulden gehe nur über höhere Erträge. Mehr Erträge seien aber nur durch höhere Mieten möglich.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 41 Ja- und 2 Nein-Stimmen:

- 1. Den Jahresabschluss des Gebäudemanagements Landau – Eigenbetrieb zum 31. Dezember 2012 mit einer Bilanzsumme von 122.809.015,99 EURO, konsolidiert aus dem Sparten-Jahresabschluss des Gebäudebestandes Landau mit einer Bilanzsumme von 114.694.402,78 EURO und des Wohnhausbesitzes mit einer Bilanzsumme von 8.425.536,28 EURO.**
- 2. Den Jahresgewinn in Höhe von 1.024.356,50 EURO, der sich aus den Abschlussergebnissen der Betriebszweige
- Gebäudebestand mit einem Jahresgewinn von 882.529,38 EURO**



- Wohnhausbesitz mit einem Jahresgewinn von **141.827,12 EURO**
zusammensetzt in den einzelnen Sparten als Gewinnvortrag auf neue Rechnung vorzutragen.
3. Den in der Anlage beigefügten und aus der Jahresrechnung 2012 abgeleiteten Beteiligungsbericht des Gebäudemanagements Landau – Eigenbetrieb.
 4. Die Entlastung der Werkleitung zu erteilen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12. (öffentlich)

Änderung der Abfallgebührensatzung

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs vom 10. September 2013, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

dem Entwurf zur Änderung der Abfallgebührensatzung als Satzung zuzustimmen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 13. (öffentlich)

Jahresabschluss 2012 des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau, Anstalt des öffentlichen Rechts

Der Vorsitzende verwies auf die Sitzungsvorlage des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes vom 8. November 2013, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Bürgermeister Hirsch erläuterte die Vorlage. Er dankte dem Werkleiter und dem Team des EWL für die geleistete Arbeit. Im Jahr 2012 habe der EWL Investitionen von 5,66 Millionen Euro geschultert, das ganze ohne Kredite. Der Jahresgewinn belaufe sich auf 1,69 Millionen Euro. Diese Mittel brauche man dringend für die künftigen Investitionen in den einzelnen Sparten des EWL. Sorgenkind sei im Bereich der Abfallwirtschaft das Müllheizkraftwerk in Pirmasens. Hier müsse man versuchen in Gesprächen die steigenden Fixkosten in den Griff zu bekommen. In Landau seien die Bürger bei den Müllgebühren um 180.000 Euro entlastet worden.

Ratsmitglied Scheid dankte für die SPD-Stadtratsfraktion Herrn Eck und dem Team des EWL für das tolle Jahresergebnis. Der Vorlage werde man zustimmen.

Ratsmitglied Prokop erklärte, dass der EWL nicht nur verwalte, sondern aktiv gestalte. Er dankte dem EWL für die geleistete Arbeit und erklärte, dass die CDU-Stadtratsfraktion der Vorlage zustimme.

Ratsmitglied Schröder teilte mit, dass die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion der Sitzungsvorlage ebenfalls zustimmen werde.

Ratsmitglied Volkhardt unterstrich, dass es dem EWL gut gehe, die Zahlen würden eine klare Sprache sprechen. Er regte an zu prüfen, ob man den ausgewiesenen Gewinn an die Bürger weitergeben könne. Die FWG-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Silbernagel war der Auffassung, dass der EWL eine feste Bank für die Stadt Landau sei. Er hoffe, dass die Gebühren für die Bürger auf lange Sicht stabil bleiben. Auch die FDP-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage zu.

Ratsmitglied Dr. Migl sprach von einem beeindruckenden Jahresergebnis. Allerdings würden in Zukunft wichtige Investitionen beispielsweise in der Kläranlage anstehen. Dies würde eine Gebührenerkung verbieten. Sie dankte dem EWL für die gute Zusammenarbeit. Dennoch werde die UBFL-Stadtratsfraktion der Vorlage nicht zustimmen, da man mit den Investitionen für die Landesgartenschau nicht einverstanden sei.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 41 Ja- und 2 Nein-Stimmen:

I. Feststellung des Jahresabschlusses und Ergebnisverwendung und Entlastung des Vorstandes

1. Feststellung des Jahresabschlusses und Verwendung des Ergebnisses:

Der Verwaltungsrat stellt gem. § 7 Abs. 2 Ziffer f der Satzung des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau den geprüften Jahresabschluss des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes Landau, Anstalt des öffentlichen Rechts zum 31.12.2012 wie folgt fest: Summe der Aktivseite und Passivseite der Bilanz mit 94.577.591,25 € und den Jahresgewinn mit 1.690.311,40 €, der sich aus den Abschlussergebnissen der Betriebszweige

**Abwasserbeseitigung mit
Abfallentsorgung mit**

**1.026.573,15 €
600.288,59 €**



Bauhof mit	129.471,65 €
Projektentwicklung Landesgartenschau mit	- - 80.551,33 €
Straßenreinigung mit	14.529,34 €

zusammensetzt und beschließt die Verwendung der Abschlussergebnisse wie folgt:
Der Jahresüberschuss der Betriebszweige Abwasserbeseitigung, Abfallentsorgung, Bauhof und Straßenreinigung wird der allgemeinen Rücklage zugeführt.

Der Jahresfehlbetrag des Betriebszweiges Projektentwicklung Landesgartenschau wird dem Verlustvortragskonto zugewiesen.

2. Entlastung des Vorstandes:

Der Verwaltungsrat beschließt gemäß § 7 Abs 2 Ziffer h der Satzung die Entlastung des Vorstandes für das Wirtschaftsjahr 2012.

Der Rat der Stadt Landau stimmt dem Beschluss des Verwaltungsrates gem. § 7 Abs. 2 der Satzung des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau über die Feststellung des geprüften Jahresabschlusses und der Ergebnisverwendung zu.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 14. (öffentlich)

Verschiedenes

Der Vorsitzende wies auf die Einladung zum Festakt zur Städtepartnerschaft in Hagenau am 19. Januar 2014 hin. Weiter teilte er mit, dass am Nachmittag die Sporthalle des Eduard-Spranger-Gymnasiums nach der Generalsanierung übergeben worden sei.

Ratsmitglied Lerch erkundigte sich nach dem Sachstand im Bürgergraben.

Der Vorsitzende erläuterte, dass es derzeit Abstimmungsgespräche mit der SGD Süd gebe.

Ratsmitglied Eichhorn berichtete, dass in der Sporthalle Ost Wasser durch das Dach eingedrungen sei.

Herr Götz erwiderte, dass er davon bisher noch nichts gehört habe. Er werde dies überprüfen lassen.

Ratsmitglied Scharhag bat um Auskünfte zum blauen Sack. Hier seien bei der Bevölkerung einige Irritationen aufgetreten.

Herr Eck erläuterte, dass der blaue Sack zusätzlich zum Sammeln von Altpapier da sei. Die Papiertonne werde nicht ersetzt, sondern bleibe bestehen.

Ratsmitglied Marquardt sprach die Schankerlaubnissteuer für die Betriebe auf dem Gelände der Landesgartenschau an. Jetzt werde die Steuer nach dem Umsatz des Jahres 2015, in dem die Landesgartenschau stattfindet, berechnet. Dies halte er für unbillig. Er frage, ob und in welcher Höhe nun 2015 Schankerlaubnissteuer erhoben werde.

Der Vorsitzende entgegnete, dass genau dies Gegenstand der Sitzungsvorlage war, die der Hauptausschuss vor 2 Wochen beschlossen habe.

Ratsmitglied Doll ging nochmals auf die Problematik Schneiderstraße und Ecke Brandenburger Straße/Horstbrücke ein. Trotz der Sperrung für den Schwerlastverkehr über 3,5 t werde die Schneiderstraße dennoch rege genutzt. Hier gelte es ein sinnvolles Konzept zu finden. Er bitte dringend darum, dass dies der Arbeitskreis Verkehr in seine Beratungen aufnehme.

Ratsmitglied Heuberger unterstützte die Aussagen von Herrn Doll. Es gebe ja diese Einschränkungen, man müsse sie eben auch durchsetzen. Dies bedeute, dass man den Schwerlastverkehr über die Autobahn um Queichheim herumführen müsse.

Er erkundigte sich weiter nach dem Sachstand zum Gebäude Marktstraße 95.

Der Vorsitzende entgegnete, dass die Kontrolle des fließenden Verkehrs Sache der Polizei sei. Beim Anwesen Marktstraße 95 seien der Verwaltung eigentumsrechtlich Grenzen gesetzt. Hier werde schamlos mit öffentlicher Bausubstanz umgegangen.

Ratsmitglied Scharhag erkundigte sich nach dem Stand der Verhandlungen bezüglich der Parkplätze am Vinzentius-Krankenhaus.

Der Vorsitzende teilte mit, dass die Verhandlungen zwischen der Eigentümerin und dem Krankenhaus derzeit stocken würden. Es hätten Gespräche stattgefunden, die Verwaltung könne hier aber nur vermitteln.

Ratsmitglied Casella beschwerte sich über die Parksituation am Kleinen Platz. Hier würde seiner Meinung nach mit zweierlei Maß gemessen.



Bürgermeister Hirsch empfahl sich bei konkreten Fällen an ihn oder den Oberbürgermeister zu wenden. Dann werde man den Dingen nachgehen.

Ratsmitglied Dr. Migl fragte ob es für den Platz Ecke Reiterstraße/Weißquartierstraße schon Interessen für den Erwerb des Grundstücks gebe.

Der Vorsitzende entgegnete, dass das Gericht vor Jahren Interesse an der Fläche gehabt habe. Mittlerweile gebe es kein konkretes Interesse mehr. Derzeit gebe es keine Festlegungen oder konkrete Planungen.

Beigeordnete Schlösser bat um Unterstützung bei der Tombola auf dem Thomas-Nast-Nikolausmarkt zugunsten des Freundeskreises der Landesgartenschau 2015.



Die Niederschrift über die 42. Sitzung des Stadtrates der Stadt Landau in der Pfalz am 12.11.2013 umfasst 18 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 457.

Vorsitzender

Gesehen:

Hans-Dieter Schlimmer
Oberbürgermeister

Thomas Hirsch
Bürgermeister

Markus Geib
Schriftführer

Rudi Klemm
Beigeordneter

Maria Helene Schlösser
Beigeordnete